



An  
den Vorsitzenden des Finanzausschusses  
Herrn Christian Dirschauer, MdL

- im Hause -

15. Januar 2025

## Änderungsanträge der SPD-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2025

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

hiermit übersende ich Ihnen die Änderungsanträge der SPD-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2025.

Bezugsdokumente sind:

- Entwurf des Haushaltsgesetzes 2025, Drucksache 20/2500,
- Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes, Drucksache 20/2501,
- Änderungsvorschläge der Landesregierung zum Haushaltsentwurf 2025 (Nachschiebeliste), Umdruck 20/4131.

Meine Fraktion und ich behalten uns vor, im laufenden Verfahren weitere Anträge einzureichen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Beate Raudies, MdL

Anlage:

- A. Änderungsanträge zum Sachhaushalt
- B. Änderungsanträge zu den Stellenplänen
- C. Änderungsanträge zum Haushaltsbegleitgesetz

## A. Änderungsanträge zum Sachhaushalt

### EP04 - Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
<b>Einnahmen</b>							
1	0416.04.381 04	NSL 33	Landesanteil zur Kofinanzierung der Bundesfinanzhilfen Städtebauförderung	20.300,0	-20.300,0	0,0	Die Finanzierung des Landesanteils an der Städtebauförderung erfolgt nicht wie von der Landesregierung beabsichtigt und durch den Landtag mit Mehrheit von CDU und Bündnis '90/Die Grünen beschlossen über einen Vorwegabzug im FAG, sondern weiterhin direkt aus dem Landeshaushalt. Siehe auch Antrag zum Haushaltsbegleitgesetz sowie Titel 0416.04.883 16, 1102.02.981 01 und 1102.03.613 30.
2	0405.00.334 01	NEU	Entnahme aus dem Sondervermögen IMPULS 2040 zur Förderung von Feuerwehrgerätehäusern	0,0	10.000,0	10.000,0	Entnahme aus IMPULS 2040 zur Finanzierung der Fortsetzung der Förderung von Feuerwehrgerätehäusern, vgl. Titel 0405.00.883 01.
<b>Ausgaben</b>							
3	0401.00.526 99	NSL 12	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	140,0	250,0	390,0	250.000 Euro für eine Projektstudie zum Aufbau und zur Gründung einer landeseigenen Wohnungsgesellschaft.
4	0401.64.422 65	NSL 12	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	5.982,8	100,0	6.082,8	Finanzierung von zwei zusätzlichen Stellen für den Verfassungsschutz zur Spionageabwehr aufgrund der durch den russischen Angriffskrieg ausgelösten Bedrohung der Sicherheitslage. Im Haushaltsentwurf ist eine Finanzierung der mit einem kw-Vermerk bis zum 31.12.2025 vorgesehenen Stellen aus dem Ukraine-Notkredit vorgesehen. Strukturelle Mehrausgaben wie Personalausgaben sind aufgrund des Jährlichkeitsprinzips aus einem Notkredit nicht möglich. Da nicht anzunehmen ist, dass sich die Bedrohungslage ab dem 01.01.2026 in der Weise ändert, dass die beiden Stellen künftig entbehrlich sein werden, ist eine Überführung in den allgemeinen Personalhaushalt der Landespolizei nach den Grundsätzen der Haushaltsklarheit und -wahrheit erforderlich. Zudem erscheint es wenig wahrscheinlich, für die von der Landesregierung vorgesehene kurze Einsatzdauer entsprechende Fachkräfte zu finden und auszubilden. Die kw-Vermerke sind entsprechend zu streichen.
	0401.00.422 65	19	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Notkredit)	100,0	-100,0	0,0	

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
5	0405.00.883 01	41	Förderung von Feuerwehrrhäusern in Schleswig- Holstein	0,0	10.000,0	10.000,0	Fortsetzung der Förderung des Neu- und Umbaus von Feuerwehrrhäusern. Die von der Landesregierung alternativ angebotene Option der Pläne für Modular-Feuerwehrrhäuser zur von Planungskosten ist kein gleichwertiger Ersatz für die dringend benötigten Investitionshilfen für die Kommunen, insbesondere von kleinen Gemeinden, deren Finanzkraft die notwendigen Investitionen nicht allein tragen kann.
6	0410.00.422 01	75	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)	387.629,7	400,0	388.029,7	Finanzierung von acht zusätzlichen Stellen in der Landespolizei zur Bekämpfung von Spionage aufgrund der durch den russischen Angriffskrieg ausgelösten Bedrohung der Sicherheitslage. Im Haushaltsentwurf ist eine Finanzierung der mit einem kw-Vermerk bis zum 31.12.2025 vorgesehenen Stellen aus dem Ukraine-Notkredit vorgesehen. Strukturelle Mehrausgaben wie Personalausgaben sind aufgrund des Jährlichkeitsprinzips aus einem Notkredit nicht möglich. Da nicht anzunehmen ist, dass sich die Bedrohungslage ab dem 01.01.2026 in der Weise ändert, dass die beiden Stellen künftig entbehrlich sein werden, ist eine Überführung in den allgemeinen Personalhaushalt der Landespolizei nach den Grundsätzen der Haushaltsklarheit und -wahrheit erforderlich. Zudem erscheint es wenig wahrscheinlich, für die von der Landesregierung vorgesehene kurze Einsatzdauer entsprechende Fachkräfte zu finden und auszubilden. Die vorgesehene Befristung durch kw-Vermerk bis 31.12.2025 dient nur der Umgehung des Verbotes der Finanzierung struktureller Mehrausgaben für Personal durch Notkredite und widerspricht der eigenen Einschätzung der Landesregierung über eine unabsehbare Dauer der Bedrohungssituation. Die kw-Vermerke sind entsprechend zu streichen.
	0410.00.422 02	75	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Notkredit)	400,0	-400,0	0,0	

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
7	0410.00.511 01	76	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	7.650,9	250,0	7.900,9	Mehrausgaben für die Anschaffung von Tourniquets (Aderpressen) als Bestandteil der persönlichen Erste-Hilfe-Ausrüstung der Vollzugsbeamtinnen und -beamten. Aufgrund der zunehmenden Körperverletzungsdelikte unter Einsatz von Messern und Stichwerkzeugen ist eine sofortige Verfügbarkeit im Einsatz zur Rettung von Menschenleben erforderlich. Die bisherige Ausrüstung von Streifenwagen, Ersthelfern in Einsatzhundertschaften sowie bestimmten Spezialeinheiten der Polizei mit Tourniquets deckt nicht das Verletzungsrisiko der Vollzugskräfte und dritten Personen im täglichen Einsatzgeschehen ab. Dies gilt umso mehr, als aufgrund der Sicherheitslage verstärkt Fußstreifen zur Sicherung von Volksfesten, Sportveranstaltungen und zur Überwachung von Waffenverboten an Kriminalitätsschwerpunkten eingesetzt werden, die i.d.R. nicht mit Tourniquets ausgestattet sind.
8	0416.03.884 31	101	Zuweisung an das Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein aus Landesmitteln	10.620,0	26.980,0	37.600,0	Rücknahme der Kürzung um 1.980 Mio. Euro sowie Verwendung von Überschüssen aus der Investitionsbank (25 Mio. Euro) zur weiteren Aufstockung der Landesmittel für die Wohnraumförderung. Vgl. Titel 1111.03.121 02.
9	0416.04.883 16	NSL 35	Zuweisungen des Landes für Städtebauförderungsprogramme	20.300,0	0,0	20.300,0	Der Landesanteil an der Städtebauförderung wird, anders als von der Landesregierung beabsichtigt, weiterhin direkt aus dem Landeshaushalt finanziert. Der Vorwegabzug im FAG entfällt. Der Haushaltsvermerk wird entsprechend neu gefasst: "Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 0416 - 233 02 MG 04 sowie der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0416 - 359 04 MG 04 geleistet werden." Siehe auch Antrag zum Haushaltsbegleitgesetz sowie Titel 0416.04.381 04, 1102.02.981 01 und 1102.03.613 30.
<b>Summe</b>					<b>47.780,0</b>		

## EP07 - Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur (MBWFK)

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
<b>Ausgaben</b>							
10	0701.00.428 01	NSL 67	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	10.872,6	437,0	11.309,6	Aufstockung um 16 Schulpsycholog*innenstellen zum 01.08.2025 zu einem Betreuungsverhältnis von 1:5.000 SuS an den allgemeinbildenden Schulen.
11	0703.00.422 01	NSL 69	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)	2.951,8	208,0	3.159,8	Rücknahme der Reduzierungen im DaZ-Bereich an den berufsbildenden Schulen ab dem 01.08.2025 (10 Stellen).
12	0703.04.422 05	28	Bezüge und Nebenleistungen planmäßiger Beamtinnen und Beamten	238.300,4	625,0	238.925,4	Beibehaltung der Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen. Wegfall der kw-Vermerke bei 30 Stellen zum 01.08.25.
13	0710.00.427 01	NEU	Unterstützung von Vertretungslehrkräften	0,0	2.167,0	2.167,0	Einführung eines Mentoring-Systems für nicht (voll) ausgebildete Vertretungslehrkräfte ab dem 01.08.2025
14	0710.06.537 06	93	Allgemeine schulische Zwecke	252,0	-40,0	212,0	Es gibt 52 Europaschulen in Schleswig-Holstein. Analog zur Finanzierung der Kulturschulen sollen für jede Europaschule 5.000 Euro zur Verfügung stehen. Mit den Mitteln sollen die Schulen in die Lage versetzt werden, Ausgleichsstunden, europapolitische Kommunikation sowie virtuelle Austausch- oder andere Projekte zu finanzieren. Der Ansatz für die Europaschulen wird deshalb um 220.000 Euro auf insgesamt 260.000 Euro erhöht. Es wird hierzu ein eigener Titel eingerichtet und der bisherige Titel um den Ursprungsansatz von 40.000 Euro reduziert.
	0710.06.537 07	NEU	Zur Verfügung der Europaschulen	0,0	260,0	260,0	
15	0710.36.633 36	NEU	Förderung von Schulgesundheitsfachkräften an Grundschulen	0,0	8.208,4	8.208,4	Förderung von Schulgesundheitsfachkräften an jeder Grundschule (394) in Schleswig-Holstein ab August 2025.
16	0710.68.422 68	122	Bezüge und Nebenleistungen planmäßiger Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)	43.608,3	1.500,0	45.108,3	Rücknahme der Reduzierungen im DaZ-Bereich an den allgemeinbildenden Schulen ab dem 01.08.2025 (70 Stellen).

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
17	0711.00.422 01	126	Bezüge und Nebenleistungen planmäßiger Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)	337.403,0	1.106,0	338.509,0	Beibehaltung der Unterrichtsversorgung an Grundschulen. Wegfall der kw-Vermerke bei 50 Stellen zum 01.08.25 . 29 Stellen zur Einbindung von Lehrkräften im Ganzttag.
18	0712.00.422 01	131	Bezüge und Nebenleistungen planmäßiger Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)	112.820,0	625,0	113.445,0	Beibehaltung der Unterrichtsversorgung an Förderzentren. Wegfall der kw-Vermerke bei 30 Stellen zum 01.08.25.
19	0714.00.422 01	137	Bezüge und Nebenleistungen planmäßiger Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)	322.188,4	1.042,0	323.230,4	Beibehaltung der Unterrichtsversorgung an Gemeinschaftsschulen. Wegfall der kw-Vermerke bei 50 Stellen zum 01.08.25.
20	0715.00.422 01	141	Bezüge und Nebenleistungen planmäßiger Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)	389.765,5	834,0	390.599,5	Beibehaltung der Unterrichtsversorgung an Gymnasien. Wegfall der kw-Vermerke bei 40 Stellen zum 01.08.25.
21	0746.01.686 14	299	Einrichtung von Grundbildungszentren	272,0	136,0	408,0	Errichtung zweier weiterer Grundbildungszentren zur Alphabetisierung.
22	0746.01.686 11	299	Förderung der Volkshochschulen	2.669,7	100,0	2.769,7	Förderung des nachträglichen Erwerbs von Schulabschlüssen (48T€ ESA / 52T€ MSA).
<b>Summe</b>					<b>17.208,4</b>		

**EP08 - Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz**

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
<b>Ausgaben</b>							
23	0806.01.892 01	70	Zuschüsse für investive Maßnahmen in Tierheimen	0,0	350,0	350,0	Tierheime stehen vor dem Kollaps: Steigende Kosten, überfüllte Einrichtungen und überlastete Ehrenamtliche sind Alltag. Kürzungen verschärfen die Krise und gefährden nicht nur den Tierschutz, sondern auch die Entlastung kommunaler Strukturen. Mehr finanzielle Unterstützung ist dringend nötig, um Tierleid zu verhindern, langfristige Folgekosten zu reduzieren und die wichtige Arbeit der Tierheime nachhaltig zu sichern. Tierschutz ist eine gesellschaftliche Verantwortung und darf nicht an mangelnder Finanzierung scheitern. Titel wird auf den Stand von 2024 zurück gesetzt.
<b>Summe</b>					<b>350,0</b>		

**EP09 - Ministerium für Justiz und Gesundheit**

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
<b>Ausgaben</b>							
24	0903.04.684 07	63	Psychosoziale Prozessbegleitung	0,0	95,0	95,0	Die bisherigen Haushaltsmittel wurden als freiwillige Leistungen gewährt. Als Konsequenz der Verlagerung der Haushaltsmittel in das Kapitel 0902 (Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit) sollen Maßnahmen der psychosozialen Prozessbegleitung jetzt aber nur noch im Rahmen einer gesetzlich in § 406 g StPO geregelten gerichtlichen Beordnung gewährt werden. Hierdurch entsteht künftig eine Schutzlücke bei der Betreuung von Menschen, die Zeuge einer Straftat wurden und hierdurch traumatisiert wurden, ohne selbst direkt Opfer zu sein. Der Fall des Messerangriffes im Zug in Brokstedt 2023 zeigt deutlich, wie viele Menschen in Folge eines solchen Geschehens z.T. erhebliche psychische Beeinträchtigungen erleiden können, die sie ohne eine entsprechende Begleitung nicht aufarbeiten können und die durch ihre Vernehmung als Zeugen erneut traumatisiert werden können. Diese Menschen haben künftig keinen Anspruch auf Begleitung mehr. Die Opferschutzbeauftragte des Landes hat in ihrem Sonderbericht zu Brokstedt auf diese Schutzlücke im System des Opferschutzes hingewiesen und dringende Abhilfe empfohlen. Durch die Einstellung des ursprünglichen Betrages von 95 T€ soll sichergestellt werden, dass die Infrastruktur der Prozessbegleitung erhalten bleibt.
25	0903.04.684 11	64	Förderung von Hilfen für Kinder von Probandinnen und Probanden und deren Angehörige	235,0	230,0	465,0	Rücknahme der Kürzung zur Sicherung der bedarfsgerechten Versorgung der Betroffenen. Die vom Ministerium als Alternative erwähnten allgemeinen Maßnahmen der Jugendhilfe erhalten keine zusätzlichen Mittel, um den höheren Bedarf dort aufzufangen. Zudem hat das Ministerium in seinen Erläuterungen nicht nachgewiesen, dass eine gleichwertige Versorgung der Betroffenen durch andere Strukturen gewährleistet ist.

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	BegründungBemerkungen
26	0915.00.684 07	116	Zuschüsse für Mietkosten an Verbände, Vereine, soziale oder ähnliche Einrichtungen als Träger von Altenpflegeschulen	1.200,0	200,0	1.400,0	Rücknahme der Kürzung um 95.000 Euro sowie weitere Erhöhung der Mittel zur vollen Finanzierung der Mietkostenzuschüsse für Pflegeschulen (20 ehemalige Altenpflegeschulen), so dass keine Eigenmittel der Träger notwendig sind. Mit den Zuschüssen für Mietkosten soll die bestehende Ungleichbehandlung in der Förderung von Pflegeschulen, die ehemalige Altenpflegeschulen sind, gegenüber Pflegeschulen, die strukturell an ein Krankenhaus gekoppelt sind, überwunden werden. Aufgrund der Pflegeberufereform wird an allen Schulen der gleiche Beruf ausgebildet und alle Pflegeschulen erhalten die gleiche pauschale Vergütung für die Ausbildung.
27	0915.00.684 27	119	Koordination für Schulsanitäter*innen-Ausbildung	35,0	35,0	70,0	Aufstockung um eine halbe Stelle. Veranschlagt sind nun Mittel für eine ganze Stelle zur Koordination der Einsätze ehrenamtlicher Schulsanitäterinnen und Schulsanitäter beim DRK für Erste-Hilfe-Kurse an Schulen.
28	0915.62.633 63	NEU	Förderung von kommunalen medizinischen Versorgungszentren	0,0	3.000,0	3.000,0	Die medizinische Versorgung soll in der Fläche weiter gestärkt werden, damit keine Versorgungslücken entstehen. Kommunale MVZ bieten zahlreiche Vorteile: Sie sind eine direkte Antwort auf den Ärztemangel im ländlichen Raum, indem sie für Ärzte attraktive Arbeitsbedingungen schaffen – mit geregelten Arbeitszeiten, festen Gehältern und ohne das Risiko einer eigenen Praxisgründung. Für die Bürger bedeutet dies eine verlässliche, wohnortnahe Versorgung und für die kommunalen Vertreter eine Chance, aktiv die Gesundheitslandschaft mitzugestalten. In einem MVZ können auch Pflegedienste, weitere therapeutische Dienstleistungen und niedrigschwellige Angebote mit integriert werden. Aus den eingestellten Mitteln soll ein Baukostenzuschuss (500.000 €) sowie ein Zuschuss für die Projektierung (100.000 €) gewährt werden.
<b>Summe</b>					<b>3.560,0</b>		

## EP10 - Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
<b>Ausgaben</b>							
29	1005.00.633 29	NEU	Förderung der aufsuchenden Sozialarbeit in Quartieren - Vor-Ort-für-Dich-Kraft	0,0	750,0	750,0	Schwächer werdende soziale Strukturen in den Städten und Gemeinden sind ein wachsendes gesellschaftliches Problem. Es betrifft Menschen in allen Lebenslagen. Im besonderen Maße leiden Seniorinnen und Senioren darunter. Einsamkeit wird zu einer weit verbreiteten Not. Menschen, die Hilfe benötigen, finden sie oft spät oder gar nicht. Die Vor-Ort-für-dich-Kraft schließt die Angebotslücke zwischen gesundheitlicher, pflegerischer und sozialer Unterstützung. Sie ist im Dorf oder Quartier präsent und macht aufsuchende Sozialarbeit. Dadurch kann sie frühzeitig mit dem Präventiven Hausbesuch Unterstützungsbedarfe erkennen und hat eine systemübergreifende Lotsenfunktion bei der Vermittlung medizinischer, pflegerischer und sozialer Leistungen. Wir wollen pro 100.000 Einwohner*innen eine Vollzeitstelle in den Kreisen und kreisfreien Städten fördern. Dieses soll zudem wissenschaftlich begleitet werden (100.000 €). Es sind Mittel ab Juli 2025 eingestellt.
30	1007.00.633 18	58	Förderungen nach dem Standard-Qualitäts-Kosten-Modell (SQKM) an örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe	757.557,0	14.000,0	771.557,0	Erhöhung der Ausfalltage für alle Kitas von 15 auf 22 Krankheitstage, um die Verlässlichkeit der Kitas zu stärken. 2 Mio. pro Ausfalltag werden eingestellt.
<b>Summe</b>					<b>14.750,0</b>		

## EP11 - Allgemeine Finanzverwaltung

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
<b>Einnahmen</b>							
31	1111.03.121 02	NSL 176	Einnahmen aus Überschüssen der Investitionsbank Schleswig-Holstein	0,0	25.000,0	25.000,0	Ausschüttung der Überschüsse durch die IB.SH statt Zuführung zur allgemeinen Bankrücklage in dieser Höhe; Berechnung auf Basis des Geschäftsberichts 2023. Die Mittel werden für die Erhöhung der Landesmittel für die Wohnraumförderung verwendet.
32	1111.01.325 01	NSL 179	Nettokreditaufnahme/ Nettotilgung	905.572,6	-500,0	905.072,6	Geringere Neuverschuldung, vgl. Nrn. 4 und 6.
<b>Ausgaben</b>							
33	1102.02.981 01	NSL 167	Zuweisungen des Landes für Städtebauförderungsprogramme gem. § 26c FAG	20.300,0	-20.300,0	0,0	Die Finanzierung des Landesanteils an der Städtebauförderung erfolgt nicht wie von der Landesregierung beabsichtigt über einen Vorwegabzug im FAG, sondern weiterhin direkt aus dem Landeshaushalt. Die im Regierungsentwurf für den Vorwegabzug vorgesehenen Mittel verbleiben in der Schlüsselmasse. Siehe auch Antrag zum Haushaltsbegleitgesetz sowie Titel 0416.04.381 04 und 0416.04.883 16.
	1102.03.613 30	NSL 168	Schlüsselzuweisungen	2.016.579,1	20.300,0	2.036.879,1	
<b>Summe</b>					<b>-24.500,0</b>		

## EP16 - IMPULS 2040

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
<b>Einnahmen</b>							
34	1611.00.334 01	NSL 258	Entnahmen für Investitionen aus dem Sondervermögen IMPULS 2040	465.337,9	21.000,0	486.337,9	Höhere Entnahme aufgrund höherer Ausgaben.
<b>Ausgaben</b>							
35	1610.00.883 02	49	Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für Investitionsförderungen zum Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder in Einrichtungen und Tagespflege	18.151,0	20.000,0	38.151,0	Erhöhung der Investitionsförderung zum Ausbau von Betreuungsangeboten

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
36	1610.00.893 04	50	Zuschüsse für Investitionen zur Verbesserung der Kurzzeitpflege	0,0	1.000,0	1.000,0	Mit der investiven Förderung der solitären Kurzzeitpflege soll ein bedarfsgerechtes und wohnortnahes Angebot an solitären Kurzzeitpflegeplätzen geschaffen werden, um dadurch bestehende Lücken in der pflegerischen Versorgungsinfrastruktur zu beseitigen. Diese Plätze sind dringend notwendig. In der Vergangenheit wurde durch eine zögernde Landesregierung das Förderprogramm nicht ausgeschöpft. Weitere Landesmittel sind notwendig, da der Bedarf besteht, die Umsetzung jedoch weitere Zeit erfordert.
<b>Summe</b>					<b>0,0</b>		

### Gegenfinanzierungen: EP03 - Ministerpräsident-Staatskanzlei

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
51	0301.00.812 01	11	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	150,0	-90,0	60,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
52	0302.00.511 01	16	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	50,0	-15,0	35,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
53	0302.00.527 01	16	Reisekostenvergütungen	22,0	-10,0	12,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
54	0302.00.529 02	17	Zur Verfügung für Repräsentation und Veranstaltungen des Landes in Berlin	160,5	-30,0	130,5	Reduzierung der Repräsentationsmittel als Konsolidierungsbeitrag.
55	0302.00.546 99	17	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	124,0	-25,0	99,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
56	0305.00.533 01	20	Ausgaben für Organisationsuntersuchungen und Werkverträge	775,0	-300,0	475,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf; Mittel wurden in den vergangenen Jahren deutlich unter Ansatz verausgabt.
57	0305.00.535 01	20	Ausgaben der ressortübergreifenden Organisation	60,0	-20,0	40,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
58	0305.02.535 05	22	Fortbildungen im Zusammenhang mit Digitalisierung	550,0	-150,0	400,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf; Mittel wurden in den vergangenen Jahren deutlich unter Ansatz verausgabt.
<b>Summe</b>					<b>-640,0</b>		

### Gegenfinanzierungen: EP04 - Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
<b>Einnahmen</b>							
59	0401.00.111 01	6	Gebühren und tarifliche Entgelte	220,0	280,0	500,0	Anpassung an tatsächliche Einnahmeerwartung.
60	0401.00.119 99	7	Vermischte Einnahmen	100,0	100,0	200,0	Anpassung an tatsächliche Einnahmeerwartung.
61	0410.00.119 99	71	Vermischte Einnahmen	70,0	80,0	150,0	Anpassung an tatsächliche Einnahmeerwartung.
<b>Ausgaben</b>							
62	0401.00.511 01	9	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	426,0	-60,0	366,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
63	0401.00.517 01	10	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	50,0	-20,0	30,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
64	0401.00.525 01	10	Aus- und Fortbildung	100,0	-25,0	75,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
65	0401.00.526 01	10	Gerichts- und ähnliche Kosten	85,0	-30,0	55,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
66	0401.00.527 01	11	Dienstreisen	81,3	-30,0	51,3	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
67	0401.00.531 02	11	Öffentlichkeitsarbeit	15,6	-5,0	10,6	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
68	0401.00.531 03	12	Herausgabe der Verkündungsblätter und anderer Veröffentlichungen	125,0	-25,0	100,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
69	0401.00.546 99	13	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	35,0	-15,0	20,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
70	0401.00.812 01	16	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	90,0	-40,0	50,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
71	0403.00.514 01	32	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	286,5	-70,0	216,5	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
72	0403.00.527 01	33	Dienstreisen	173,0	-20,0	153,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
73	0408.00.526 01	64	Gerichts- und ähnliche Kosten	325,0	-80,0	245,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
74	0408.00.526 99	64	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	233,0	-50,0	183,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
75	0408.00.531 02	64	Öffentlichkeitsarbeit	46,0	-25,0	21,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
76	0408.00.533 01	64	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen	395,0	-100,0	295,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
<b>Summe</b>					<b>-1.055,0</b>		

### Gegenfinanzierungen: EP05 - Finanzministerium

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
<b>Einnahmen</b>							
77	0501.00.111 03	5	Verwaltungsgebühren, Verwargelder, Bußgelder und Einziehungen im Rahmen der Geldwäscheprävention	25,0	75,0	100,0	Anpassung an tatsächliche Einnahmeerwartung.
78	0501.00.111 01	13	Gebühren und tarifliche Entgelte	530,0	40,0	570,0	Anpassung an tatsächliche Einnahmeerwartung.
79	0505.00.111 01	20	Gebühren und tarifliche Entgelte	26.300,0	7.800,0	34.100,0	Anpassung an tatsächliche Einnahmeerwartung.
80	0505.00.112 01	20	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	6.300,0	700,0	7.000,0	Anpassung an tatsächliche Einnahmeerwartung.
81	0512.00.261 02	41	Erstattung von Verwaltungsausgaben für die Zahlbarmachung von Bezügen für Dritte	120,0	20,0	140,0	Anpassung an tatsächliche Einnahmeerwartung.
<b>Ausgaben</b>							
82	0501.00.526 01	8	Gerichts- und ähnliche Kosten	100,0	-20,0	80,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
83	0501.00.526 99	8	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	130,0	-40,0	90,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
84	0501.00.531 02	9	Öffentlichkeitsarbeit	20,0	-10,0	10,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
85	0501.00.546 99	9	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	29,0	-20,0	9,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
86	0501.00.812 01	10	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	30,0	-15,0	15,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
87	0502.00.527 01	17	Dienstreisen	25,0	-5,0	20,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
88	0502.00.535 02	17	Kosten des Zahlungsverkehrs	60,0	-15,0	45,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
89	0505.00.514 01	23	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	140,3	-20,0	120,3	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
90	0505.00.526 01	24	Gerichts- und ähnliche Kosten	370,0	-80,0	290,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
91	0505.00.527 01	25	Dienstreisen	699,1	-140,0	559,1	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
92	0505.00.535 02	26	Kosten des Zahlungsverkehrs	65,1	-10,0	55,1	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
93	0505.00.632 01	26	Sonstige Zuweisungen an das Land Mecklenburg-Vorpommern	1.171,1	-250,0	921,1	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
94	0505.00.812 08	27	Ausstattung von Neuanmietungen der Finanzämter	50,0	-30,0	20,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
95	0505.04.546 04	29	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	11,0	-10,0	1,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
96	0506.00.526 99	NSL 46	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	100,0	-60,0	40,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
97	0506.03.533 01	39	Werkverträge und andere Auftragsformen	100,0	-100,0	0,0	Die Betriebskosten der Spendenplattform werden als Konsolidierungsbeitrag zukünftig von der Investitionsbank getragen.
98	0512.00.511 01	42	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	714,0	-100,0	614,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
<b>Summe</b>					<b>-9.560,0</b>		

## Gegenfinanzierungen: EP06 - Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
<b>Einnahmen</b>							
99	0601.00.111 04	6	Verwaltungsgebühren für Amtshandlungen	50,0	20,0	70,0	Anpassung an tatsächliche Einnahmeerwartung.
100	0601.00.119 99	6	Vermischte Einnahmen	0,0	10,0	10,0	Anpassung an tatsächliche Einnahmeerwartung.
<b>Ausgaben</b>							
101	0601.00.422 01	8	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	3.556,8	-50,0	3.506,8	Streichung einer Staatssekretärsstelle.
102	0601.00.511 01	8	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	203,0	-70,0	133,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
103	0601.00.526 01	9	Gerichts- und ähnliche Kosten	36,0	-15,0	21,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
104	0601.00.525 01	9	Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschl. Reisekosten	180,0	-25,0	155,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
105	0601.00.526 99	9	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	300,0	-100,0	200,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
106	0601.00.527 01	10	Dienstreisen	160,0	-50,0	110,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
107	0601.00.546 99	10	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	25,0	-10,0	15,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
108	0601.02.534 03	13	Sächliche Verwaltungsausgaben für die Durchführung von Veranstaltungen	150,0	-80,0	70,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
109	0612.01.671 02	20	Erstattung von Kosten für die Abwicklung von Förderprogrammen	4.740,0	-350,0	4.390,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
110	0612.02.871 02	21	Nachfolge- und Übernahmefinanzierungen für KMU	400,0	-250,0	150,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
111	0612.02.871 03	21	Inanspruchnahmen aus Gewährleistungszusagen im Rahmen von Existenzgründungsprogrammen	350,0	-125,0	225,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
112	0612.02.871 05	21	Beteiligungsfonds für KMU sowie Seed- und Start-up Finanzierungen	450,0	-150,0	300,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
113	0612.04.534 01	25	Veranstaltungen	30,0	-15,0	15,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
<b>Summe</b>					<b>-1.320,0</b>		

## Gegenfinanzierungen: EP07 - Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
<b>Einnahmen</b>							
114	0701.00.111 01	8	Gebühren und tarifliche Entgelte	31,0	20,0	51,0	Anpassung an tatsächliche Einnahmeerwartung.
115	0701.00.119 99	8	Vermischte Einnahmen	20,0	50,0	70,0	Anpassung an tatsächliche Einnahmeerwartung.
<b>Ausgaben</b>							
116	0701.00.526 01	NSL 67	Gerichts- und ähnliche Kosten	78,9	-35,0	43,9	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
117	0701.00.526 99	13	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	207,0	-67,0	140,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
118	0701.00.531 02	NSL 67	Öffentlichkeitsarbeit	115,5	-15,0	100,5	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
119	0703.00.511 01	24	Geschäftsbedarf	60,0	-15,0	45,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
120	0703.00.812 01	25	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	50,0	-25,0	25,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
121	0710.04.422 04	87	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, die als "mobile Vertretungsfeuerwehr" an schulamtsgebundenen Schulen eingesetzt werden	2.540,0	-2.540,0	0,0	Größtenteils (64 von 67) unbesetzte Stellen, die als Überbrückung bis zur Planstelle genutzt werden (die z.B. durch Altersabgänge frei werden). Das entspricht nicht der aktuellen Zeit des Lehrkräftemangels. Stattdessen sollten die Lehrkräfte, die wir haben, direkt Planstellen besetzen um langfristig im System gebunden zu werden.
122	0710.21.533 21	109	Evaluation der neuen Oberstufe	50,0	-50,0	0,0	Die Evaluation ist abgeschlossen.
123	0717.00.518 02	151	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	51,0	-20,0	31,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
<b>Summe</b>					<b>-2.837,0</b>		

## Gegenfinanzierungen: EP08 - Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
<b>Einnahmen</b>							
124	0801.00.112 01	6	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	90,0	10,0	100,0	Anpassung an tatsächliche Einnahmeerwartung.
<b>Ausgaben</b>							
125	0801.00.525 01	12	Aus- und Fortbildung	175,0	-50,0	125,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
126	0801.00.526 01	12	Gerichts- und ähnliche Kosten	145,0	-100,0	45,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
127	0801.00.526 99	13	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	341,5	-150,0	191,5	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
128	0801.00.527 01	13	Dienstreisen	236,2	-50,0	186,2	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
129	0801.00.529 10	13	Zur Verfügung des Ministeriums für Repräsentationsaufgaben	22,0	-10,0	12,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
130	0801.00.531 02	13	Öffentlichkeitsarbeit	135,0	-75,0	60,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
131	0801.00.531 04	13	Symposien und Fachtagungen	225,0	-150,0	75,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
132	0801.00.533 03	14	Kosten für Steuerberatung	40,4	-20,0	20,4	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
133	0801.00.972 02	15	Globale Minderausgabe	0,0	-3.385,0	-3.385,0	Die Haushaltsberatungen haben deutlich gezeigt, dass die Ansätze zahlreicher Haushaltstitel im Einzelplan 08 deutlich zu hoch gemessen an den tatsächlichen Ausgaben und Ausgabeplanungen gewählt sind (vgl. u.a. Antworten des Ministeriums auf die schriftlichen Fragen der Fraktionen, Umdruck 20/3981). Daher wird eine Globale Minderausgabe für den gesamten Einzelplan ausgebracht. Somit ist weiterhin eine flexible Steuerung der Mittelverteilung möglich. Die Notwendigkeit, die Mittel angemessen zu bewirtschaften und die Maßnahmen angemessen zu kalkulieren und zu planen ist damit aber in besonderem Maße gegeben.
<b>Summe</b>					<b>-4.000,0</b>		

## Gegenfinanzierungen: EP09 - Ministerium für Justiz und Gesundheit

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
<b>Einnahmen</b>							
134	0902.00.111 02	15	Gerichtskosten	157.900,0	1.000,0	158.900,0	Anpassung an tatsächliche Einnahmeerwartung.
135	0902.00.112 02	15	Gebühren und Auslagen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher	9.300,0	150,0	9.450,0	Anpassung an tatsächliche Einnahmeerwartung.
136	0904.00.112 01	68	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	1.550,0	150,0	1.700,0	Anpassung an tatsächliche Einnahmeerwartung.
137	0908.00.112 01	85	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	18.600,0	500,0	19.100,0	Anpassung an tatsächliche Einnahmeerwartung.
138	0908.00.112 03	85	Einnahmen aus Vermögensabschöpfung, insbesondere bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität	1.650,0	2.800,0	4.450,0	Anpassung an tatsächliche Einnahmeerwartung; verstärkter Einsatz der Landesregierung gegen organisierte Kriminalität zeigt Wirkung.
139	0908.00.119 99	85	Vermischte Einnahmen	50,0	90,0	140,0	Anpassung an tatsächliche Einnahmeerwartung.
140	0915.00.119 99	101	Vermischte Einnahmen	150,0	100,0	250,0	Anpassung an tatsächliche Einnahmeerwartung.
<b>Ausgaben</b>							
141	0901.00.422 01	NSL 127	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)	11.400,2	-50,0	11.350,2	Streichung einer Staatssekretärsstelle.
142	0901.00.511 01	9	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	160,0	-40,0	120,0	Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.
143	0901.00.531 02	10	Öffentlichkeitsarbeit	33,0	-10,0	23,0	Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.
144	0901.00.541 01	11	Zur Ausrichtung von Tagungen	40,0	-15,0	25,0	Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.
145	0901.00.812 02	12	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	30,0	-15,0	15,0	Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.
146	0902.00.518 02	21	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	50,0	-20,0	30,0	Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.
147	0902.00.526 01	23	Gerichts- und ähnliche Kosten	200,0	-100,0	100,0	Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.
148	0902.00.526 18	25	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	7.120,0	-400,0	6.720,0	Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
149	0902.00.526 99	25	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	85,0	-60,0	25,0	Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.
150	0902.00.527 01	25	Dienstreisen	330,0	-130,0	200,0	Anpassung an den tatsächlichen Bedarf; Titel wurde in den vergangenen Jahren nie ausgeschöpft.
151	0902.00.533 03	26	Kosten für Steuerberatung	97,0	-60,0	37,0	Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.
152	0902.00.812 02	30	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	800,0	-200,0	600,0	Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.
153	0904.00.511 01	70	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	295,0	-80,0	215,0	Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.
154	0904.00.526 11	71	Auslagen in Rechtssachen	1.080,0	-250,0	830,0	Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.
155	0905.00.511 01	75	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	400,0	-100,0	300,0	Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.
156	0905.00.526 13	76	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	1.300,0	-300,0	1.000,0	Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.
157	0908.00.511 01	86	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.050,0	-200,0	850,0	Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.
158	0908.00.526 15	90	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	1.200,0	-150,0	1.050,0	Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.
159	0908.00.812 02	92	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	175,0	-45,0	130,0	Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.
160	0909.00.511 01	96	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	345,0	-100,0	245,0	Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.
161	0909.00.526 11	96	Auslagen in Rechtssachen	2.450,0	-750,0	1.700,0	Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.
<b>Summe</b>					<b>-7.303,0</b>		

## Gegenfinanzierungen: EP10 - Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
<b>Einnahmen</b>							
162	1002.00.111 01	13	Gebühren und tarifliche Entgelte	990,0	350,0	1.340,0	Anpassung an tatsächliche Einnahmeerwartung.
<b>Ausgaben</b>							
163	1001.00.422 01	NSL 145	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)	2.867,2	-50,0	2.817,2	Streichung einer Staatssekretärsstelle.
164	1001.00.453 02	8	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	100,0	-60,0	40,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf; Mittel wurden in den vergangenen Jahren nicht vollständig verausgabt.
165	1001.00.511 01	8	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	176,6	-35,6	141,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
166	1001.00.526 01	NSL 145	Gerichts- und ähnliche Kosten	83,0	-25,0	58,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
167	1001.00.531 02	NSL 146	Öffentlichkeitsarbeit	72,5	-15,0	57,5	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
168	1001.00.527 01	10	Dienstreisen	86,1	-25,0	61,1	Anpassung an tatsächlichen Bedarf; Mittel wurden in den vergangenen Jahren nicht vollständig verausgabt.
169	1001.00.529 10	10	Zur Verfügung des Ministeriums für Repräsentationsaufgaben	10,0	-5,0	5,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
170	1001.00.534 02	10	Sächliche Verwaltungsausgaben für die Durchführung von Veranstaltungen	35,0	-10,0	25,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
171	1001.00.546 99	11	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	45,6	-14,0	31,6	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
172	1002.00.526 06	14	An die Landespharmazieräte für Apothekenbesichtigungen	50,0	-20,0	30,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf; Mittel wurden in den vergangenen Jahren nicht vollständig verausgabt.
173	1003.00.511 01	20	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.491,1	-130,0	1.361,1	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
174	1003.00.518 02	20	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	200,0	-40,0	160,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
175	1003.00.525 01	21	Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	195,0	-40,0	155,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf; Mittel wurden in den vergangenen Jahren nicht vollständig verausgabt.
176	1003.00.546 99	23	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	20,5	-10,0	10,5	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
177	1003.00.681 06	25	Entschädigungen bei Berufsausübungsverboten und Absonderungen sowie Entseuchungsmaßnahmen	5.571,2	-500,0	5.071,2	Anpassung an tatsächlichen Bedarf; Zahl der Anträge sinkt kontinuierlich.
178	1012.00.526 01	105	Gerichts- und ähnliche Kosten	55,0	-25,0	30,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
<b>Summe</b>					<b>-1.354,6</b>		

#### Gegenfinanzierungen: EP11 - Allgemeine Finanzverwaltung

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
<b>Einnahmen</b>							
179	1111.00.119 07	58	Kassenüberschüsse und sonstige nicht unterzubringende Beträge	300,0	500,0	800,0	Veranschlagung der tatsächlich erwarteten Einnahmen.
<b>Ausgaben</b>							
180	1116.01.575 01	NSL 180	Zinsausgaben Ist- und Plan-Portfolio (Kredite und Finanzderivate)	559.232,0	-8.500,0	550.732,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
181	1116.01.575 03	NSL 180	Disagio, Stückzinsen, sonstige Zinsausgaben	26.400,0	-250,0	26.150,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
182	1116.01.971 01	NSL 180	Globale Mehrausgaben für Zinsänderungsrisiken	9.784,0	-1.000,0	8.784,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
183	1116.05.547 01	NSL 181	Sachausgaben für den Aufgabenbereich "Kredite, Finanzderivate, Schulden"	503,8	-100,0	403,8	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
<b>Summe</b>					<b>-10.350,0</b>		

### Gegenfinanzierungen: EP12 - Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
<b>Ausgaben</b>							
184	1203.00.519 02	11	Unterhaltung der im Ressort verbliebenen Grundstücke und baulichen Anlagen	419,0	-90,0	329,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
185	1205.00.519 01	19	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen des allgemeinen Grundvermögens	50,0	-20,0	30,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
186	1208.00.519 01	26	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	750,0	-130,0	620,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
187	1208.00.519 01	42	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	192,9	-25,0	167,9	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
188	1213.00.519 01	77	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	54,7	-20,0	34,7	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
<b>Summe</b>					<b>-285,0</b>		

### Gegenfinanzierungen: EP13 - Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
<b>Ausgaben</b>							
189	1301.00.526 99	10	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	275,2	-75,0	200,2	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
190	1301.00.531 02	11	Öffentlichkeitsarbeit	234,3	-125,3	109,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
191	1301.00.531 04	11	Symposien und Fachtagungen	95,7	-65,7	30,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
192	1301.00.972 02	13	Globale Minderausgaben	0,0	-15.000,0	-15.000,0	Die Haushaltsberatungen haben gezeigt, dass die Ansätze zahlreicher Haushaltstitel im Einzelplan 13 deutlich zu hoch gemessen an den tatsächlichen Ausgaben und Ausgabeplanungen gewählt sind (vgl. u.a. Antworten des Ministeriums auf die schriftlichen Fragen der Fraktionen, Umdruck 20/3977). Dies gilt insbesondere für das Kapitel 1313, aber auch für andere Bereiche des Einzelplans. Daher wird eine Globale Minderausgabe für den gesamten Einzelplan ausgebracht. Somit ist weiterhin eine flexible Steuerung der Mittelverteilung möglich. Die Notwendigkeit, die Mittel angemessen zu bewirtschaften und die Maßnahmen angemessen zu kalkulieren und zu planen ist damit aber in besonderem Maße gegeben.
<b>Summe</b>					<b>-15.266,0</b>		

#### Gegenfinanzierungen: EP14 - Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Digitalisierung

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	Begründung Bemerkungen
<b>Ausgaben</b>							
193	1402.00.511 43	NSL 232	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2.111,1	-250,0	1.861,1	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
194	1402.00.525 37	NSL 232	Aus- und Fortbildung	3.054,8	-600,0	2.454,8	Anpassung an tatsächlichen Bedarf; Mittel wurden in den Vorjahren nicht vollständig verausgabt.
195	1402.00.535 03	NSL 233	Ausgaben für Ländertagungen, Gremienarbeit und Veranstaltungen sowie sonstige Kosten der IT	187,5	-65,0	122,5	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.
196	1402.00.812 46	NSL 233	Erwerb von Hard- und Software	15.878,5	-1.500,0	14.378,5	Anpassung an tatsächlichen Bedarf; Mittel wurden in den Vorjahren nicht vollständig verausgabt.
197	1402.00.511 02	NSL 234	Umschaltgebühren und Kleinreparaturen	59,8	-15,0	44,8	Anpassung an tatsächlichen Bedarf.

Nr.	Titel	Seite	Zweckbestimmung	Entwurf 2025 (in T€)	Änderung (in T€)	Ansatz NEU (in T€)	BegründungBemerkungen
198	1402.00.681 02	NSL 240	Digitalisierungspreis Schleswig- Holstein	140,0	-70,0	70,0	Ansatz auf Basis des Haushaltsentwurfs.
199	1402.00.533 63	26	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen	10.500,0	-1.500,0	9.000,0	Anpassung an tatsächlichen Bedarf; Mittel wurden in den Vorjahren nicht vollständig verausgabt.
<b>Summe</b>					<b>-4.000,0</b>		

## B. Anträge zu den Stellenplänen

Lfd.-Nr.	Titel	BesGr./EntgeltGr.	Änderung		Summe	Bemerkungen
			Zugang	Abgang		
1	0401.64.422 01	A 13			(2)	Streichung der kw-Vermerke auf zwei Stellen zur Deckung kurzfristiger Bedarfe aufgrund der Sicherheitslage.
2	0410.00.422 10	A 13			(1)	Streichung der kw-Vermerke auf acht Stellen für den Bereich der Bekämpfung von Sabotage und Spionage.
	0410.00.422 10	A 12			(7)	
3	0601.00.422 01	B 9		1	-1	Streichung einer Staatssekretärsstelle im MWVATT.
4	0701.00.428 01	E 13	16		+16	16 zusätzliche Stellen für Schulpsycholog*innen
5	0703.00.422 01	A 13	10		+10	Rücknahme der Reduzierungen im DaZ-Bereich an den berufsbildenden Schulen ab dem 01.08.2025
6	0703.04.422 05	A 13			(30)	Wegfall der kw-Vermerke bei 30 Stellen zum 01.08.25.
7	0710.68.422 68	A 13	70		+70	Rücknahme der Reduzierungen im DaZ-Bereich an den allgemeinbildenden Schulen ab dem 01.08.2025.
8	0711.00.422 01	A 12			(50)	Beibehaltung der Unterrichtsversorgung an Grundschulen. Wegfall der kw-Vermerke bei 50 Stellen zum 01.08.25.
9	0711.00.422 01	A 12	29		+29	29 Stellen zur Einbindung von Lehrkräften im Ganztage.
10	0712.00.422 01	A 13			(30)	Beibehaltung der Unterrichtsversorgung an Förderzentren. Wegfall der kw-Vermerke bei 30 Stellen zum 01.08.25.
11	0714.00.422 01	A 13			(50)	Beibehaltung der Unterrichtsversorgung an Gemeinschaftsschulen. Wegfall der kw-Vermerke bei 50 Stellen zum 01.08.25.
12	0715.00.422 01	A 13			(40)	Beibehaltung der Unterrichtsversorgung an Gymnasien. Wegfall der kw-Vermerke bei 40 Stellen zum 01.08.25.
13	0901.00.422 01	B 9		1	-1	Streichung einer Staatssekretärsstelle im MJG.
14	1001.00.422 01	B 9		1	-1	Streichung einer Staatssekretärsstelle im MSJFSIG.
<b>Summe</b>			<b>125</b>	<b>3</b>	<b>122 (210)</b>	In Summe werden 122 neue Stellen geschaffen und bei 210 Stellen die kw-Vermerke gestrichen.

## C. Änderungsanträge zum Haushaltsbegleitgesetz

Der Landtag wolle beschließen:

**Der Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2025, Drucksache 20/2501, in der Fassung der Nachschiebeliste, Umdruck 20/4131, wird wie folgt geändert:**

I. **Artikel 12** (Änderung des Finanzausgleichsgesetzes) wird wie folgt erweitert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

Die Angabe „§ 26c – Zuweisungen für Städtebauförderungsprogramme“ wird gestrichen.

2. § 4 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:

Die Angabe „13. die Zuweisungen für Städtebauförderungsprogramme nach § 26c 20,3 Millionen Euro,“ wird gestrichen.

3. § 26c (Zuweisungen für Städtebauförderprogramme) wird gestrichen.

II. Es wird folgender **Artikel 14** (Änderung des Landesblindengeldgesetzes) eingefügt:

### „Artikel 14

#### Änderung des Landesblindengeldgesetzes

Das Landesblindengeldgesetz (LBIGG) vom 12. Mai 1997 (GVOBl. 1997 Schl.-H. S. 313), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 14.12.2016 (GVOBl Schl.-H. S. 999), wird wie folgt geändert:

§ 1 Absatz 3 wird wie folgt neu gefasst:

(3) Landesblindengeld wird Blinden monatlich nach Vollendung des 18. Lebensjahres in Höhe von 360 Euro und Blinden, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, in Höhe von 260 Euro gewährt. Taubblinde erhalten 460 Euro.“

III. Der bisherige **Artikel 14** (Inkrafttreten) wird zum neuen **Artikel 15**.

### Begründung

Zu I.:

Die Finanzierung des Landesanteils von einem Drittel an der Städtebauförderung über einen Vorwegabzug und somit aus der Solidargemeinschaft der Kommunen wird nicht weiterverfolgt. Auch in Zukunft werden die Mittel direkt aus dem Einzelplan 04 und somit aus dem Kernhaushalt des Landes bereitgestellt. Das Land hat die Deckung der für 2025 vorgesehenen Mittel in Höhe von 20,3 Mio. Euro sicherzustellen.

Zu II.:

Das Landesblindengeld wird um 60 € im Monat erhöht. Da die vorhandenen Haushaltsmittel bisher nicht ausgeschöpft wurden, ist auf Basis des bisherigen Haushaltsansatzes (rund 9,4 Mio. Euro) eine Erhöhung in diesem Rahmen ohne weitere Ansatzerhöhung möglich und angesichts der Steigerung der Lebenshaltungskosten in den vergangenen Jahren dringend geboten.

Zu III.:

Folgeänderung aufgrund des neuen Artikels 14.